

202/AE

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten DI Prinzhorn, Haigermoser
und Kollegen
betreffend
die Schaffung eines Industriestandortsicherungsgesetzes

Begründung

Etwa ein Drittel der Wirtschaftsleistung unseres Landes entsteht direkt in der Industrie.

Damit kommt diesem Wirtschaftszweig eindeutig die Motorfunktion für Wirtschaftswachstum, soziale Sicherheit, Steueraufkommen und Leistungsbilanz zu.

In der zweiten Hälfte der 90-er Jahre werden durch den erfolgten Beitritt Österreichs zur EU und die fortschreitende internationale Verflechtung der gesamten Weltwirtschaft enorme Herausforderungen auf die heimische Industrie zukommen.

Der Industriestandort Österreich scheint für diese Entwicklungen nicht optimal gerüstet zu sein:

Langwierige behördliche Genehmigungsverfahren, enorme Arbeitskosten für die Unternehmen bei gleichzeitig unterdurchschnittlichem Einkommen der österreichischen Arbeitnehmer, der höchste, hauptsächlich von den Betrieben zu finanzierende Umweltschutzaufwand aller Industriestaaten in Prozent des BIP und eine einem Entwicklungsland angemessene Forschungsintensität von nur knapp 1, 5% des BIP (Deutschland, USA, Japan, Schweiz je ca. 3 %) gefährden den Industriestandort Österreich.

Das weltweit niedrigste Pensionsalter, eine im internationalen Vergleich sehr kurze Jahresarbeitszeit, überdurchschnittlich lange studierende Akademiker und eine enorm hohe drop-out-Quote runden das Bild der Gefährdung des Industriestandortes Österreich ab.

Durch die drohende Abwanderung zahlreicher Industriebetriebe ins Ausland und den damit verbundenen möglichen Verlust der Strukturen eines hochentwickelten Industriestandortes muß mit weiter steigenden Arbeitslosenzahlen gerechnet werden, zudem geriete die Vielfalt der sozialen Schichtung unseres Landes aus den Fugen.

Die unterzeichneten Abgeordneten halten die Formulierung eines umfassenden Industriestandortsicherungsgesetzes, in welchem die legislativen Maßnahmen zur Sicherung geeigneter wirtschafts- und industriepolitischer Rahmenbedingungen zusammengefaßt werden sollen, für unbedingt erforderlich und stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert folgende Maßnahmen zu setzen:

Vorlage eines Industriestandortsicherungsgesetzes zur Sicherung des Industriestandortes

Österreich.

Informeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Industrieausschuß vorgeschlagen.